


Wie Maß und Vernunft in der Corona-Pandemie wegzensiert wurden

 norberthaering.de/propaganda-zensur/taz-spelsberg-keil/

18. 03. 2024 | Die gүнennahe Tageszeitung *taz* veröffentlichte 2020 einen Debattenbeitrag von Epidemiologen, der nach heutigem Wissensstand sehr helllichtig war. Sie löschte ihn wenig später kommentarlos, weil er zu stark beachtet wurde. Da der Vorgang so symptomatisch dafür ist, wie besonnene Stimmen ausgegrenzt und zensiert wurden, will ich den gelöschten Beitrag hier noch einmal publizieren. Er zeigt auch, was man damals schon wissen konnte, wenn man wollte.

Die *taz* agitierte schon vor Beginn der grünen Regierungsbeteiligung sehr stramm auf der harten Corona-Linie der Regierung. Insofern war der Debattenbeitrag „Fehlgerechnet“ der Epidemiologen Angela Spelsberg und Ulrich Keil, der am 10. August 2020 in der Tageszeitung erschien, bemerkenswert.

Spelsberg und Keil hatten sich zehn Jahre vorher schon bei der Aufarbeitung des gezielt aufgebauschten Schweinegrippe-Fehlalarms hervorgetan. Sie gingen daher misstrauischer als die meisten an die veröffentlichten und die fehlenden Daten zur Corona-„Pandemie“ heran. Hier ihr Beitrag von damals, der zeigt, was man schon wissen konnte, und dessen Löschung zeigt, dass man es nicht wissen wollte:



„Fehlgerichtet

10.8.2020. Große Teile der Bevölkerung in Deutschland stehen laut Umfragen hinter den Coronamaßnahmen der Regierung. Sie vertrauen den Aussagen, dass drastische Maßnahmen wie die Schließung von Kitas, Schulen und Universitäten oder das zeitweilige Schließen von Geschäften und Gastronomie die Coronapandemie eindämmen und eine sogenannte zweite Welle verhindern können. Von der Mehrheit der Medien und großen Teilen der Bevölkerung wird die Tatsache, dass in Deutschland „nur“ knapp über 9.200 Covid-19-Todesfälle zu beklagen sind, den Lockdownmaßnahmen der Regierung zugutegehalten. Andere Erklärungen, etwa dass nicht allein ein Virus, sondern auch Faktoren wie die Kapazität und Qualität von Gesundheitssystemen und die sozioökonomischen Bedingungen einer Gesellschaft den Verlauf einer Pandemie bestimmen, werden hingegen kaum diskutiert.

Aus unserer Sicht haben sich Politik und öffentliche Meinung selten so sehr auf den Rat von nur wenigen Fachleuten gestützt wie jetzt in der Coronakrise. Und es stellt sich die Frage, ob die Expertengremien genügend interdisziplinär und ausgewogen zusammengesetzt sind, um die Politik in dieser Krise mit Gelassenheit und Augenmaß und ohne Interessenkonflikte beraten zu können. Es geht ja nicht nur um die Beurteilung der Gefährlichkeit der Pandemie, sondern auch um die Abschätzung des tatsächlichen Nutzens der Maßnahmen für die Eindämmung der Pandemie; und nicht zuletzt geht es auch um die Beurteilung der durch die Maßnahmen möglicherweise verursachten Kollateralschäden – nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für Gesellschaft, Demokratie, Kultur, Bildung und Wirtschaft.

Bis heute sind im Wesentlichen nur zwei Fachrichtungen, Virologen und mathematische Modellierer, in den Medien und von der Politik gehört worden. Die anfänglichen Modellrechnungen insbesondere der Wissenschaftler des Imperial College in London waren maßgeblich für die politischen Entscheidungen zum Lockdown verantwortlich. Sie ergaben, dass es weltweit 40 Millionen Covid-19-Tote geben würde; für Deutschland wurden 1,1 Millionen Intensivpatienten prognostiziert. Viele nun vorliegende Studien zeigen aber, dass die Infection Fatality Rate (IFR), der Anteil der Todesfälle an allen Corona-Infektionen, in einem Bereich von 0,1 bis 0,3 Prozent liegt, also den einer normalen Grippe. In diesen Studien wurden repräsentative Zufallsstichproben von Bevölkerungsgruppen untersucht und die Infizierten durch serologische Antikörpertests identifiziert. Dabei stellte sich heraus, dass die Zahl der mit Sars-CoV-2 Infizierten viel größer ist als die der positiv getesteten Menschen mit Symptomen. Wenn die Covid-19-Todesfälle auf diesen größeren Nenner bezogen werden, errechnen sich deutlich geringere IFR-Zahlen als vom Robert-Koch-Institut (RKI) und der WHO angegeben. Mittlerweile haben wir verlässlichere Daten darüber, dass die Coronapandemie nicht so gefährlich ist wie ursprünglich angenommen.

Mittlerweile haben wir verlässlichere Daten darüber, dass Corona nicht so gefährlich ist wie ursprünglich gedacht

Die von der Politik als Entscheidungsgrundlage übernommenen Hochrechnungen gingen von der Grundannahme einiger Virologen aus, dass das Virus vollkommen neu sei und sich jeder, ungeachtet anderer Faktoren, infizieren könne, dass es also weltweit keine Immunität gegen das neue Virus gebe. Dem ist aber nicht so. Das Immunsystem vieler Menschen ist offenbar durch frühere Kontakte mit Viren aus der Coronagruppe mit deren und ähnlichen Antigenen vertraut – so bei der saisonalen Grippe, die ja durch einen Virecocktail, dem häufig auch Coronaviren angehören, hervorgerufen wird –, weshalb viele Menschen offenbar eine Immunität oder Teilimmunität gegen Sars-CoV-2 aufweisen. Eine Teilimmunität gegen Sars-CoV-2 erklärt auch die langen Inkubationszeiten – und warum sich nur vergleichsweise wenige Menschen infizieren, viele nicht sehr schwer erkranken oder ganz symptomlos bleiben.

Es ist dringend notwendig, dass die politischen Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung unter Einbeziehung eines unabhängigen interdisziplinären Expertengremiums getroffen werden, das nicht nur mit Vertretern der Biomedizin, sondern weiterer relevanter Fachrichtungen wie Public Health, Sozial-, Kultur- und Bildungswissenschaften besetzt ist. Ein interdisziplinärer Austausch zwischen Modellierern, Virologen, Immunologen und bevölkerungsbezogen arbeitenden Epidemiologen hätte aus unserer Sicht Politik und Gesellschaft astronomische Fehlrechnungen – mit ihren noch nicht absehbaren Folgen – ersparen können. Für die Einschätzung einer Pandemie ist es grundsätzlich wichtig, genügend große repräsentative Zufallsstichproben der gesamten Bevölkerung mit validierten serologischen Antikörpertests in regelmäßigen zeitlichen Abständen zu untersuchen, um die Dynamik des viralen Geschehens und den Immunstatus der Bevölkerung richtig beurteilen zu können. Nur so kann die Gefährlichkeit der Infektion für die Menschen, je nach deren Alter und sozialer Gruppe, genauer berechnet werden.

Diese Arbeitsweise der bevölkerungsbezogenen Epidemiologie ist in der Lage, mit empirisch gewonnenen Daten Hochrechnungen, Prognosen und Modellannahmen zu überprüfen. Gleich zu Beginn der Pandemie wurde von Epidemiologen wie John Ioannidis, Professor an der Stanford-Universität in Kalifornien, gefordert, repräsentative Bevölkerungsstichproben zu untersuchen, um zu realistischen Todesraten und einer realistischen Einschätzung der Gefährlichkeit der Pandemie zu kommen. Inzwischen hat er eine Übersichtsarbeit über 36 solcher weltweit durchgeführten Zufallsstichprobenuntersuchungen mit serologischen Antikörpertests vorgelegt: Die darin erhaltenen IFR-Zahlen liegen viel niedriger als die zu Beginn der Pandemie gemachten Schätzungen einiger Virologen. Die vom RKI Anfang Mai angekündigte repräsentative Zufallsstichprobenuntersuchung der deutschen Bevölkerung steht bis heute aus.

Angela Spelsberg, Dr. med., hat von der Harvard-Universität einen Abschluss in Epidemiologie. Sie forscht auf den Gebieten Pharmakovigilanz und Post-Marketing-Studien. Vor zehn Jahren hat sie sich intensiv mit der Schweinegrippe-Pandemie auseinandergesetzt.

Ulrich Keil, Dr. med. und Ph. D., ist emeritierter Professor am Institut für Epidemiologie und Sozialmedizin an der Universität Münster. Er war Berater der WHO und von 1994 bis 2012 Direktor des WHO-Kooperationszentrums für Herz-Kreislauf- und andere chronische Erkrankungen an der Universität Münster.“

Im September 2020 war der Text von der Netzseite der *taz* verschwunden. Man konnte und wollte es dort nicht mehr ertragen, dass der Debattenbeitrag der beiden Wissenschaftler von Maßnahmenkritikern intensiv zitiert und geteilt wurde. Denn für die *taz*-Verantwortlichen waren Maßnahmenkritiker gleichzusetzen mit Rechten und Rechtsradikalen.

Die *taz* vertrat diese diffamierende These nur etwas radikaler als viele andere Medien des Mainstreams. Fast alle machten mit dabei, besonnene Stimmen, und diejenigen, die sich auf sie beriefen, auszugrenzen und abzuwerten. Die Medien haben deshalb noch sehr viel an Aufarbeitung zu leisten. Sie haben noch nicht einmal damit angefangen.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf einen Beitrag des bis dahin international sehr hoch angesehenen Epidemiologen John Ioannidis vom 17. März 2020 mit dem Titel: „A fiasco in the making? As the coronavirus pandemic takes hold, we are making decisions without reliable data“ (Bahnt sich ein Fiasko an? Während die Corona-Pandemie sich ausbreitet, treffen wir Entscheidungen ohne verlässliche Daten.) Darin mahnte er eindringlich eine sinnvolle Datenerhebung an, um die Tödlichkeit des Virus frei von den starken Verzerrungen in den offiziellen Schätzungen zu erheben. Dazu wären Untersuchungen von Bevölkerungsstichproben auf Kontakt mit dem Virus nötig gewesen. Diese wurden jedoch von offizieller Seite nur in wenigen kleinen Ländern und ansonsten auf private Initiative durchgeführt. Ergebnis war jeweils, dass viel mehr Menschen als gedacht Kontakt mit dem Virus gehabt hatten. Das bedeutete, dass die Rate der Todesfälle und schweren Erkrankungen bezogen auf die Anzahl der Infizierten sehr viel niedriger war als offiziell angegeben.

Obwohl Ioannidis einer der renommiertesten und meistzitierten Fachleute war, wurde er ab Veröffentlichung dieses wichtigen und richtigen Beitrags in den etablierten Medien fast einhellig als irrlichternder Quertreiber dargestellt.

Mehr

Der MDR und die Zensur

29. 12. 2023 | Als der ARD-Sender MDR kürzlich aus dem öffentlich-rechtlichen Schweigekartell ausbrach und eine Sendung über mutmaßliche DNA-Verunreinigung von Impfstoffen zeigte, wurde er schnell genötigt, den Beitrag wegzuzensieren. Das ist nicht das erste Mal, dass MDR-Redakteuren, die es wagen, journalistisch zu arbeiten, solches widerfährt.

In Brandenburg zeigt sich die Angst der Verantwortlichen vor der Aufarbeitung des Maßnahmen- und Impfesasters

15. 11. 2023 | Außer dem unerschrockenen Nordkurier hat kaum ein etabliertes Medium über die Sitzungen des Corona-Untersuchungsausschusses in Brandenburg berichtet, gerade so, als ob die Öffentlichkeit kein Interesse daran hätte. Und was macht der Pressesprecher des Landtags? Er beschwert sich beim Chefredakteur über die Berichterstattung. Hier der Beschwerdebrief und die geharnischte Antwort des Chefredakteurs.

Wie ein Journalistenverband der unabhängigen Konkurrenz die Pressefreiheit nehmen will

12. 10. 2023 | Wess Brot ich ess, dess Lied ich sing, lautet ganz ungeniert das Credo des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), der sich als Gewerkschaft und Interessenvertretung professioneller Journalisten versteht. Das schließt für diesen Verband ein, die Pressefreiheit auf die eigene Klientel und deren Arbeitgeber zu begrenzen und alle, die nebenberuflich oder ehrenamtlich die Öffentlichkeit mit Information und Analyse versorgen, zu entrechten.

Für Google ist die WHO nun das globale Wahrheitsministerium

16. 08. 2023 | Die Google-Videoplattform Youtube hat ihre Richtlinie gegen Covid-19-Fehlinformation ersetzt durch eine allgemeine „Richtlinie für medizinische Fehlinformation“. Diese bannt alles von der Plattform, was nicht mit der veröffentlichten Einschätzung der WHO zu Krankheiten und Behandlungsmethoden in Einklang steht und kündigt an, dass wenn sich die Wahrheit der WHO ändert, sich automatisch auch das ändert, was man auf Youtube sagen darf.

Die UN will den EU-Ansatz zur Online-Zensur weltweit ausrollen

13. 06. 2023 | UN-Generalsekretär António Guterres hat ein Programm vorgestellt, mit dem die Weltorganisation dafür sorgen will, dass Inhalte aus den Online-Plattformen und -Medien verschwinden, die den „empirisch gestützten Konsens über Fakten, Wissenschaft und Wissen“ stören. Denn deren Fähigkeit, „mit Desinformation wissenschaftlich etablierte Fakten zu untergraben“ sei „ein existenzielles Risiko für die Menschheit“.

